

»Fake News« als Keule der »Lügenpresse«

Bildreihe: für die Medien gestellte »Fotos aus Aleppo«



**»Dort, wo kleine Mädchen auftauchen,
ist nur noch Propaganda im Spiel ...«**
so Prof. Dr. phil. Jörg Becker (Uni Marburg) auf Sputnik Deutschland

Ilja Ehrenburg und Karl Eduard von Schnitzler können stolz auf ihre Enkel sein. Noch nie in der Geschichte wurde so perfekt, infam und skrupellos gefälscht, manipuliert und gelogen wie in der heutigen Zeit. Dank der technischen Möglichkeiten werden die Menschen weltweit in einer Weise instrumentalisiert, die einer Gehirnwäsche gleichkommt. Es ist für den »einfachen Mann« auf der Straße fast unmöglich, zwischen »Fake-News«, Halbwahrheiten, gezielten Lügen und der Wahrheit unterscheiden zu können.

Das Orwellsche »Wahrheitsministerium« hat die Macht übernommen!

Darum, bleiben sie wachsam und kritisch!

Das offene Wort

Tränen lügen nicht?

»Tränen lügen nicht«, sang einst Schlagersänger Michael Holm.

Betrachtet man die Bilder auf der Titelseite, scheint genau das wohl das Ziel des Fotografen gewesen zu sein.

Am 19.12.2016 wurden diese Bilder vom ägyptischen Innenministerium auf Facebook veröffentlicht.

In der Meldung heißt es, man habe einen Fotografen festgenommen, der Bilder mit verletzten Kindern aufnahm, um sie ins Internet zu stellen.

Die Polizei konnte feststellen, daß weder Blut noch Verletzungen des Mädchens echt waren. Bei der Vernehmung gab der Fotograf an, daß er die Bilder auf den Sozialen Medien als Bilder aus Aleppo veröffentlichen wollte.

Da stellt sich mir unweigerlich die Frage, wie lange es gedauert hätte, bis diese Fotos in die Medien gelangt wären.

Die »Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte«, also dieses Einmannunternehmen mit Sitz in London, hätte diese Bilder mit Sicherheit an alle »Leitmedien« weitergereicht mit dem Hinweis »geprüft und für echt befunden«. Da dieses »Unternehmen« bei unserer medialen Elite als »seriös« gilt, hätten wir die Bilder bereits in der tagesschau und anderswo gesehen.

Sind das die »Fake News«, vor denen man uns »schützen« will? Wieso erinnert mich das an die Fotos der berühmten »Wehrmachtsausstellung«, an die Massenvernichtungswaffen des Saddam Hussein, usw.?

Tränen lügen wohl doch, meint

Ihre Sabine Möller

Merkel schaufelt am Grab für Deutschland

Für viele Deutsche unmerklich entfernt die Bundeskanzlerin den Begriff des »deutschen« aus unserer Alltagssprache:

Willkommen im »Hierbleibeland«?

Nur wenige aufmerksame Zuhörer und Leser werden es gemerkt haben, daß sie es ganz bewußt vermeiden, von Deutschen oder gar von Volk oder Nation zu sprechen.

Wer denkt sich schon etwas dabei, wenn sie in salbungsvollen Reden nur noch unterscheidet zwischen »Menschen, die schon länger hier leben« und denen, »die neu hinzugekommen sind«?

Vom »Deutschen Volk«, dem das Grundgesetz gewidmet wurde, ist da keine Rede mehr. Das entstand unter Aufsicht der alliierten Kriegssieger, aber selbst die rüttelten nicht am Begriff des »Deutschen Volkes«.

In der Präambel des Grundgesetzes wird zweimal das »Deutsche Volk« benannt. In den Grundrechte-Artikeln heißt es immer wieder: »Das Deutsche Volk«, »Alle Deutschen«, »Freiheit der Deutschen«.

Das Bundesverfassungsgericht stellte noch in seiner Entscheidung vom 21.10.1987 bindend fest: »Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.«

Diese Identität auszumerzen, scheint der Plan oder die von Hintergrundmächten erwünschte Aufgabe der derzeitigen Bundeskanzlerin zu sein.

Das Bundesverfassungsgericht stärkt sie dabei, indem es sich in seinem Urteil vom 17.1.2017 (Az: 2 BvB 1/13) von dieser Pflicht der Staatsorgane, die »Identität zu er-

halten«, nicht nur verabschiedet, sondern ins Gegenteil verkehrt hat: Wer für den »ethnischen Volksbegriff« eintrete, sei verfassungsfeindlich, weil er gegen die Menschenwürde verstoße.

In Frankreich wäre Merkels orwellscher »Neusprech« unmöglich, er würde zu einem Aufstand der »Grand Nation« führen.

Viele unserer Nachbarn schütteln nur noch den Kopf über diese Deutschen.

Polen, Dänen, Italiener, Niederländer, die sich als Volk oder Nation verstehen, auf die sie stolz sind, beschleicht ein mulmiges Gefühl über diese seltsamen Deutschen, die für die Mühseligen und Beladenen aus aller Welt die Arme ausbreiten und sich um die, »die neu hinzugekommen sind« mehr kümmern als um ihr eigenes Volk.

Deutschland war einmal – willkommen im »Hierbleibeland« – oder?!

Es ist an uns, mit diesem Weckruf die noch schlafenden Deutschen aufzurütteln!

ZUM NACHDENKEN:

Ernst Moritz Arndt wird abgelegt!

Pünktlich zur Wiederkehr der Proklamation der Reichsgründung entschied der Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald am 18.1.2017, diesen Namen abzulegen.

Ernst Moritz Arndt (1769-1860) rief zum Kampf gegen Napoleon auf, mußte fliehen und trat in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 für die deutsche Einheit in einem Nationalstaat ein.

»Fake News« oder »Lügenpresse«?

Wenn Donald Trump von »Fake News« spricht, ist »Lügenpresse« gemeint.



Foto: Michael Vadon / flickr / CC BY-SA 2.0

Wenn Heiko Maas von »Fake News« spricht, sind unliebsame Meldungen gemeint, egal ob wahr oder falsch.



Foto: Metropolico.org / flickr / CC BY-SA 2.0

Wenn PEGIDA von »Lügenpresse« spricht, ist »Lügenpresse« gemeint.



Foto: Metropolico.org / flickr / CC BY-SA 2.0

Desinformieren, Denunzieren, Diffamieren

Diese drei Begriffe gehören seit vielen Jahren zu den Königsdisziplinen unserer Druck- bzw. elektronischen Medien.

Dies alles ist nicht neu und in unserer Republik seit vielen Jahren ein bewährtes Mittel, um mißliebige Meinungen oder Personen zu diskriminieren.

Neu sind allerdings die Perfektion und die Wucht, mit der heute mit aller medialen Macht Stim-

Ohne »Fake News« keinen *Trump*, keinen »Brexit« und wahrscheinlich keinen so kalten Winter.

Unisono sind sich die Etablierten einig, daß alle abweichenden Meinungen nur »Fake News« sein können.

Die Front der »Wahrheitsverteidiger« geht vom bürgerlichen Lager bis weit in die linksextreme Ecke.



Fotomontage

mungen beeinflusst und Meinungen gesteuert werden.

Erfreulicherweise ist allerdings auch etwas anderes neu: Solange die »Qualitätsmedien« unter sich waren und sie sich alleine in ihren »Echoräumen« tummeln konnten, legten sie allen Wahrheitsbestrebungen gegenüber eine ungesunde Arroganz an den Tag. Dies hat sich dank des Internets in den letzten Jahren aber fundamental geändert. Ohne großen finanziellen Aufwand ist es heute möglich, Lügen und Halbwahrheiten der »Eliten« zu hinterfragen bzw. zu enttarnen.

In der ihnen angeborenen Wehleidigkeit jammern die Mächtigen in Politik und Medien, welches Unrecht ihnen nun angetan würde.

»Fake News«, »Hate Speech«

Bundesjustizminister *Heiko Maas* gibt, so kennen wir ihn in seiner Konsequenz gegen Rechts, schon mal die Schlagzahl vor.

Mißliebige Meinungsäußerungen im Internet will er als Haß, Hetze oder »Fake News« verfolgen.

Da die Justiz damit überfordert ist, hat sich Herr *Maas* »kompetente« Hilfe von außen geholt. Damit kann sich der Staat bequem zurücklehnen und die Drecksarbeit bürgerlichen oder linken Denunzianten überlassen.

Während in der Vergangenheit staatliche Stellen Zensur ausüben mußten, um unliebsame Meinungen zu unterdrücken, sind wir heute einen Schritt weiter.

Bereits im Dezember 2015 hatte sich *Maas* mit *Facebook*, *Google* und *Twitter* auf Maßnahmen gegen Haßparolen und Volksverhetzung geeinigt. Da der Begriff der freien Meinungsäußerung in den USA ein anderer ist als bei uns, gingen die drei großen »Sozial-Medien« nur lustlos an die Sache ran. Außerdem erkannten sie die Unmöglichkeit, die Einträge auf Richtigkeit überprüfen zu können.

Spätestens jetzt kommen die sogenannten NGOs (Nichtregierungsorganisationen) ins Spiel. Nachdem die Familienministerin *Manuela Schwesig* für 2017 den Topf für den »Kampf gegen Rechts« auf 100 Millionen aufgestockt hat, ist es noch lukrativer geworden, seinen Lebensunterhalt als gescheiterte Existenz und linker Gutmensch aus Steuermitteln zu erhalten.

Am Beispiel der »Amadeu-Antonio-Stiftung« sei dokumentiert, wie sich diese »Nichtregierungs-Organisationen« und Vereinigungen wie *Mehltau* auf diese Republik legen.

In einem Faltblatt »*Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien – Handlungsempfehlungen*« wird dem kleinen Antifaschisten gezeigt, wie man rassistische Hetze erkennt und wie man ihr begegnet: »*Löschen, Blocken, Ignorieren, Diskutieren, Gegenrede, Strafverfolgung*«.

Der normal veranlagte Antifaschist wird sagen: »Hä, wieso diskutieren, auf der Straße kloppe ich ja auch gleich drauf?« Inzwischen hat er jedoch erkannt, daß körperliche Gewalt im Internet nicht funktioniert und er wird stattdessen anzeigen, denunzieren und diffamieren.

Es sei nur am Rande erwähnt, daß die Gründerin und Vorsitzende dieser Stiftung, Frau *Anetta Kahane*, über viele Jahre als Spitzel bei der DDR-Staatssicherheit tätig war.

Im Stiftungsrat sitzen Vertreter des *Rundfunk Berlin Brand-*

»EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT.«

burg und der Wochenzeitung *Die Zeit* und es besteht eine Kooperation mit dem *stern*.

Weitere illustre Unterstützer sind *Rita Süßmuth* (CDU), *Wolfgang Thierse* (SPD) und *Cem Özdemir* (Grüne).

Auf so viel geballte Kompetenz wollte natürlich auch *Heiko Maas* nicht verzichten und lud neben anderen »zivilgesellschaftlichen Organisationen« auch diese vortreffliche Gruppierung zur Bildung einer »Task Force« (engl. Militärsprache für Einsatz-/Kampfverband) bereits im September 2015 ein. Diese »Task Force« soll nun unter anderem das Netz nach ungebührlichen Inhalten durchforsten und dann *Facebook*, *Twitter* und *Google* zwingen, diese Einträge zu löschen.

Unter den Begriff »Umgang mit rechtswidrigen Haßbotschaften im Netz« läßt sich alles einordnen, was nicht dem heute gängigen »Neusprech« oder der »political corectness« entspricht.

Aber nicht nur die bezahlten Hobby-Denunzianten sollen das Volk wieder auf Kurs bringen, nein, auch das gemeinnützige Recherche-Büro *Correctiv* aus Essen wird über unser Denken, Reden und Schreiben ein wachsames Auge haben.

Wie auf ihrer Internet-Seite zu lesen ist, wollen sie als Korrektiv in Erscheinung treten: »Durch unsere Recherchen wollen wir strukturelle Mißstände und unethisches Verhalten öffentlich machen. Damit helfen wir der Gesellschaft, sich selbst zu helfen. Wir wollen den Menschen Informationen liefern, damit sie Veränderungen anstoßen und Fehlentwicklungen korrigieren können.«

Bravo, möchte man meinen, hört sich das doch ganz gut an. Spontan fallen uns da einige Sachverhalte ein, die mit Hilfe dieser Recherche-Profis richtig gestellt werden könnten. Aber wahrscheinlich haben wir da wieder einmal etwas mißverstanden.



»Unerwünschtes Schrifttum« oder »auszuforderte Literatur« – Zensur hat Tradition

Ganz sicher sogar, wenn man sich die Aussagen von *David Schraven*, Geschäftsführer von *Correctiv* anhört: »Nur mit Aufklärung können wir Populisten aus der Gesellschaft heraus kriegen, nur dann kann man die demokratische Gesellschaft am Ende verteidigen«.

mdr aktuell, 16.1.2017

»Heraus kriegen«? Wohin denn? Wie schön, daß Sprache so entlarven kann.

Facebook hat nun auf massiven Druck der deutschen Regierung dieses Büro beauftragt zu recherchieren, inwieweit Eintragungen die Kriterien der Falschmeldung, des Hasses oder der Volksverhetzung erfüllen. Sollte *Facebook* nach entsprechender Prüfung die Meldung nicht innerhalb von 24 Stunden löschen, sollen laut *Thomas Oppermann*, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, Bußgelder bis zu 500.000 Euro fällig werden.

Eventuell ahnen Sie auch schon, wer schwerpunktmäßig diesen »Korrektierern« zuarbeitet. Richtig, die »Task Force«.

So schließt sich der Kreis und wir können uns alle beruhigt zurücklehnen.

Das Wahrheitsministerium läßt grüßen

Was wirklich bezweckt werden soll, machte unfreiwillig der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, *Michael Grosse-Brömer*, am 18.12.2016 im »Bericht

aus Berlin« deutlich. In einer grandiosen Freud'schen Fehlleistung sagte er:

»Wir stehen in der Tat vor neuen Herausforderungen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, unterstützt durch Erkenntnisse von Journalisten, Wissenschaftlern, auch Nachrichtendiensten, im Netz sind `ne Menge Leute unterwegs, die destabilisieren wollen, die falsche Meinungen verbreiten, die manipulieren wollen, und da muß Politik mit umgehen, insbesondere vor Wahlkämpfen«.

Auch wenn man den Versprecher mit den »falschen Meinungen«, noch als solchen durchgehen ließe, bleibt das Ganze doch eine Lachnummer. Ausgerechnet die Partei, die mit Wahlversprechen, wie »die Rente bleibt sicher« und »die Mehrwertsteuer wird nicht erhöht« in die Bundestagswahlkämpfe zog, macht sich Sorgen über die Ehrlichkeit vor einer Wahl. Pharisäerhafter geht es nicht!

Die Mächtigen haben Angst

Nicht die Angst vor Terrorismus, »Fake News« oder »Haß-Mails« treibt unsere so genannten Eliten um. Nein, sie haben ganz einfach Angst vor der Wahrheit.

Sie haben Angst vor dem eigenen Volk!

Sie haben Angst, daß ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird, sie haben Angst vor der Entlarvung ihres erbärmlichen Handelns.

Alles, was nicht in ihr Weltbild paßt, wird als »Fake News« abgetan und damit von Anfang an diskreditiert. Sie können sich ihrer bezahlten Handlanger sicher sein, da auch deren wirtschaftliche und soziale Existenz vom jetzigen politischen Konstrukt abhängig ist.

Auf unserer Seite ist die Wahrheit, und sie wird siegen!

Berlin will ein Wahrheitsministerium

... und nennt es »Abwehrzentrum«

Wer auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums den Suchbegriff »Fake News« eingibt, erhält als ersten Treffer bezeichnenderweise den Verweis auf die PDF-Datei »Bekämpfung von Hetze in sozialen Medien«. Genauer Titel »Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien – Handlungsempfehlungen der Amadeu-Antonio-Stiftung«. Jene Stiftung also, die von der früheren Stasi-Spitzelin *Anetta Kahane* geführt und mit Steuergeldern üppig angefüllt wird.

Kein Wunder, daß über *Heiko Maas* Kampfansage an sogenannte »Fake News« im Internet gewitzelt wird:

»Fake News, also diese nicht genau definierte Mischung aus Haßkommentar, Verleumdung, Beleidigung und Volksverhetzung, die deutschen Politikern wie *Heiko Maas* die Möglichkeit gibt, ihre wahre Absicht hinter einem Wort, dessen Inhalt sie schwammig lassen, zu verstecken [...] haben dem Gewerbe der Verschwörungstheoretiker ganz neue Möglichkeiten eröffnet: *Brexit* ist das Ergebnis von Fake News, *Donald Trump* ist das Ergebnis von Fake News, die rotrotgrüne Koalition in Berlin ist das Ergebnis von Fake News ... Halt, nein, die nicht. Die rotrotgrüne Koalition ist wohl auf das informierte Wahlverhalten der Berliner zurückzuführen [...] Aber in allen anderen Fällen befallen Fake News harmlose Wähler machen sie zu Fake-News-Believern, die, nunmehr voller Fake News das Falsche glauben, sagen und tun und vor allem das Falsche wählen.«

Abwehrzentrum gegen Desinformation

Was aber plant *Heiko Maas*, gegen »Fake News« in juristischer Hinsicht zu unternehmen? Nicht weniger als ein »Abwehrzentrum gegen Desinformation« soll eingerichtet werden.

Ausgerechnet das Bundespresseamt sollte nach ersten Regierungsplänen die Spezialeinheit



gegen »Fake News« führen. Nun ist das Bundespresseamt laut Eigendarstellung aber die Informationszentrale der Bundesregierung. »Staatssekretär *Steffen Seibert* ist sowohl Sprecher der Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Er untersteht direkt Bundeskanzlerin *Angela Merkel*« (Eigendarstellung des Bundespresseamtes).

Bitte, geht's noch? Eine »Desinformationsabwehr« unter dem Oberbefehl der Kanzlerin und ihres SPD-Justizministers?

Wer da nicht an die Aussortierung unliebsamer Meinungen unter regierungspolitischen Vorgaben denkt, dem ist nicht mehr zu helfen. Sogar der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands, *Frank Überall*, warnte auf FAZ.NET, es sei »unbestritten, daß der öffentliche Diskurs nicht dauerhaft durch „Fake News“ Schaden nehmen darf. Aber es darf doch nicht eine Behörde darüber entscheiden, was wahr ist und was nicht.« (26.12.2016)

Seit Mitte Januar 2017 ist die Opti-on Bundespresseamt vom Tisch.

Besser wird es dadurch nicht, denn das »Abwehrzentrum« soll unter dem Dach des Bundesinnenministeriums geschaffen werden. Was anderes als regierungsnah und regierungstreu ist aber das Innenministerium auch nicht. Zur Erinnerung: »Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.« (Artikel 62 GG) und »Die Bundesminister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen.« (Artikel 64 Abs. 1 GG)

Begriffsverwirrungen

Wer übrigens die Pressemitteilungen von Bundesjustizministerium und Bundespresseamt durchforstet, sucht vergeblich nach konkreten Planungen und Eckdaten zum Abwehrzentrum und Anti-»Fake-News«-Gesetzen.

Nur eines fällt auf und läßt Schlimmstes ahnen: Von CSU bis Linkspartei werden munter die Begriffe verwirrt. Stete Verwendung findet die Wortverbindung »Haß-Kommentare und Falschmeldungen«, wenn Politiker neben der Löschung sogar Bußgelder, ja sogar erhöhte Mindeststrafen fordern, um eine Einstellung von Verfahren wegen sogenannter Geringfügigkeit von vornherein zu verhindern.

Sind aber »Haß-Kommentare« grundsätzlich strafbare Äußerungen? Und warum sollten »Fake News« grundsätzlich strafbar sein, wenn das (warum auch immer) falsch Gemeldete bzw. als durch ein Abwehrzentrum als falsch gemeldet Behauptete gar keine strafbaren Inhalte transportiert?

Ob Abwehrzentrum oder Wahrheitsministerium, es steht am Ende die Abschaffung der Meinungsfreiheit, die angeblich durch freie Meinung gefährdet wird.

Brüssel will ein Wahrheitsministerium

... und nennt es »Förderung der Toleranz«

Seit Ende 2013 findet man von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt im Internet einen Gesetzesvorschlag unter der Überschrift »Europäische Rahmenrichtlinie Länderstatut zur Förderung der Toleranz« (A European Framework National Statute for the promotion of Tolerance).

Ausgearbeitet wurde der Entwurf von der Nichtregierungsorganisation »Europäischer Rat für Toleranz und Versöhnung« (The European Council on Tolerance and Reconciliation, kurz: ECTR). Diese ist zugleich Beratungsgruppe des EU-Parlaments. Zu ihren Gründern und Mitgliedern gehören der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, *Wjatscheslaw Mosche Kantor*, und frühere Kanzler, Premierminister und Minister verschiedener EU-Mitgliedsstaaten.

Ziel ist Förderung von Toleranz

In der Einleitung wird die Akzeptanz und Tolerierung menschlicher Vielfalt und jeder Form von unterschiedlicher Lebensführung als Vorbedingung für ein erfolgreiches Zusammenleben von diversen religiös, ethnisch, kulturell, sexuell oder anderweitig definierten Gruppen innerhalb einer Nation ausgeführt. Auf diese Weise soll Gleichstellung gesichert und Diskriminierung jeder Art ausgeschlossen werden.

Nachdem in den ersten fünf Abschnitten die Grundlagen für die oben genannten Forderungen beschrieben sind, beschäftigt sich Abschnitt sechs mit der Verwirklichung der Vorstellungen des ECTR-Papiers.

In Abschnitt 6 (a) wird betont, daß »der besondere Schutz, den Mitglieder gefährdeter und benachteiligter Gruppen genießen, eine besondere Behandlung beinhalten kann. Genau genommen geht

diese bevorzugte Behandlung über den bloßen Respekt und die Akzeptanz, die der Toleranz zugrunde liegen, hinaus.« Was das in der Praxis bedeutet und wer gemeint ist, bleibt offen.

Umsetzung in EU-Mitgliedsstaaten

Zur Umsetzung des Entwurfs soll jeder der 28 EU-Mitgliedsstaaten eine eigene Dienststelle einrichten, die die Einhaltung der Richtlinien im Kampf gegen Vorurteile, Rassismus, ethnische Diskriminierung, religiöse Intoleranz, totalitäre Ideologien, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antifeminismus, Islamophobie und Homophobie überwacht.

Die Behörde soll vorzugsweise innerhalb des Justiz- oder Innenministeriums operieren. Eine unabhängige Kommission aus bedeutenden Persönlichkeiten, die nicht im Dienst des Staates stehen, soll die Umsetzung der Richtlinie überwachen.

Abschnitt 7 (»Strafmaßnahmen«) führt u.a. folgende Handlungen als schwere Straftaten auf: Diffamierende Äußerungen gegenüber einer Gruppe und ihrer Mitglieder, die zu Verleumdung und Gewalt anstiften, die Mitglieder dieser Gruppe der Lächerlichkeit preisgeben oder falschen Anschuldigungen aussetzen. Als »falsche Beschuldigungen« im Sinne des Gesetzes gelten beispielweise »Zigeuner sind Diebe« oder »Moslems sind Terroristen«.

Jugendliche, die eines solcher Vergehen für schuldig befunden werden, sollen ein Wiedereingliederungsprogramm durchlaufen, in dem ihnen eine »Kultur der Toleranz« anezogen werden solle.

Zudem habe jede Regierung sicherzustellen, daß Schulen ab einem bestimmten Jahrgang Kurse einrichten, die die Schüler ermu-

tigen sollen, Vielfalt zu akzeptieren und ein Klima der Toleranz gegenüber den Eigenarten und Kulturen anderer herzustellen.

Nach Absatz 8 (a) sollen ähnliche Kurse in die Ausbildung von Soldaten, Strafverfolgungsbehörden und andere Berufsgruppen eingebunden werden.

Nach Absatz 8 (d) soll das Toleranzklima zudem die Welt der Bücher, Theaterstücke, Zeitungsreportagen, Magazine, Dokumentationen, Spielfilme und Fernsehprogramme durchdringen. Öffentlich-rechtliche und private Massenmedien sollen einen vorgeschriebenen Prozentsatz ihrer Programme der Verbreitung eines solchen Klimas widmen. Ähnliches soll für das Internet gelten.

Der Text des Gesetzesentwurfs kann bis heute auf der offiziellen Netzseite des Europaparlaments abgerufen werden: www.bit.ly/unECTR

»Es bleibt zu hoffen, daß die Idee für dieses absurde Rahmengesetz rasch im Papierkorb versenkt wird und die Europäischen Institutionen sich mit wirtschaftspolitischen Themen beschäftigen, statt den Bürgern in kontraproduktiver Weise Moral verordnen zu wollen.«

*Dr. Gudula Walterskirchen,
Buchautorin, Historikerin und
freie Journalistin,
in Die Presse, 5.9.2016*

Der Bock als Gärtner



Ob sich Facebook mit der Entscheidung, das angeblich »unabhängige« Projekt Correctiv als Prüfstelle für »Fake News« zu beauftragen, viele Freunde gemacht hat, darf, abgesehen von der medialen Elite, bezweifelt werden.

Nach wachsendem Druck gab der Social-Media-Riese klein bei und verkündete im Januar die künftige Zusammenarbeit mit dem als gemeinnützig auftretenden Journalistenbüro Correctiv. Dieses trägt als Aushängeschild gerne das Prädikat »unabhängig« vor sich her.

Correctiv bekommt für diese Arbeit angeblich kein Geld, die Finanzierung des Vereins kommt, neben einzelnen gutgläubigen Spendern, von der Funke Mediengruppe, der Deutschen Bank, der Open Society Foundation von George Soros sowie von Google, der »Bundeszentrale für Politische Bildung« und von zahlreichen Massenmedien. Genau damit wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Correctiv-Chef David Schraven betont seine diesbezügliche Haltung zu Falschmeldungen, die durch eben diese Massenmedien verbreitet werden. Das Branchenportal Meedia fragte nach, ob Correctiv auch auf Facebook veröffentlichte Meldungen beispielsweise von Bild, Süddeutsche Zeitung oder Die Zeit als »Fake News« kennzeichnen würde. Die Antwort genügt, um

zu merken, daß die angebliche »Unabhängigkeit« genau da endet, wo die Interessen der Geldgeber anfangen.

Schraven wörtlich: »Gute Frage. Ich glaube, das muß man sehen, wenn es soweit ist. Grundsätzlich kann alles geprüft werden. Gerade bei den klassischen Pressemedien haben wir aber schon eine ziemlich gut wirkende Selbstkontrolle. Da gibt es den Presserat, in den einzelnen Häusern gibt es Ombudsmänner, Leser-Beiräte und sonstige Sachen. Jeder macht mal einen Fehler. Da würde ich grundsätzlich darauf vertrauen, daß diese erprobten Instrumente der Selbstkontrolle funktionieren. Deswegen kann man sich die Arbeit an dieser Stelle wohl sparen. Wenn da einer großen Mist baut, landet das in der Regel beim Presserat.«

Den BILDblog-Mitgründer und Medienkritiker Stefan Niggemeyer überzeugt dies nicht:

»Wenn die etablierten Medien diesen Kampf nicht als einen Kampf gegen Desinformationen aller Art führen, sondern als einen Kampf Wir gegen Die; wenn sie den Eindruck erwecken, daß sich Kollegen untereinander nicht wehtun, aber keine Hemmungen gegenüber dubiosen amerikanischen Seiten, Anti-Mainstream-Medien und Einzelpersonen im Netz haben; wenn es scheint, als sei das Haupt-Problem von "Fake News" womöglich gar nicht der Inhalt, sondern der Absender

– dann haben sie keine Chance, diesen Kampf zu gewinnen.«

Immer breitere Schichten der Bevölkerung halten die inszenierte »Fake-News«-Kampagne für das letzte Aufbäumen der medialen und politischen Elite, für einen Versuch, durch Schuldzuweisungen vom eigenen Versagen abzulenken. »Eine Zensur findet nicht statt«, dieser Satz aus dem Grundgesetz wird durch die Abwälzung eben jener Zensur auf Dritte galant umschifft.

Warum wohl wurde der exzentrische Milliardär Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt?

Weil russische »Hacker« die Wahl manipuliert haben, wie uns ausgerechnet westliche Politiker und Medien einreden wollen?

Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Es kann und darf nicht zugegeben werden, daß er gewählt wurde, weil es ihm gelang, die stetig steigende Abneigung der Bevölkerung auf die herrschende Elite in Wählerstimmen umzuwandeln.

Genau deshalb stehen auch »unsere« politischen und medialen Eliten, mitsamt ihren Helfershelfern à la Schraven kurz vor dem Abgrund. Sie vertreten und verfechten eine Politik, die die Bevölkerung nicht nur spaltet, sondern große Teile der Bevölkerung einfach ignoriert.

Der Zusammenbruch der Mittelschicht, das immer größer werdende Heer der Mindestlohn-Beschäftigten, Freihandelsabkommen und eine immer größere werdende Schere zwischen arm und reich sind Folgen einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die »unsere« Eliten – sowohl politisch als auch medial – zu verantworten haben.

Ein patriotischer Politiker, der im Stile Donald Trumps die Wut und die Enttäuschung in unserem Land in Wählerstimmen bündeln könnte, wäre das Waterloo für das hier herrschende Parteienkartell.

Lügen haben Tradition

Jahrzehntlang wurden Geschichtslügen von deutschen Medien und Schulbuchverlagen aufrechterhalten und Schüler mit Propaganda überschüttet, um die deutsche Geschichte als ein einziges Verbrecheralbum darzustellen. Einige dieser Lügen werden nachfolgend stellvertretend für viele weitere aufgeführt.

Katyn

Viele Jahre fand man in den Standardwerken zur Geschichte Inhalte wie:

»1943: Entdeckung von Massengräbern bei Katyn mit den Leichen von ca. 4.000 erschossenen polnischen Offizieren durch die Deutschen.«

Obwohl spätestens in den 50er Jahren die wahren Urheber des Massakers feststanden, hielt der deutsche Blätterwald diese Lüge lange Zeit aufrecht. Am 13.4.1990 übergab der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow seinem Staatsgast Wojciech Jaruzelski zwei Mappen mit den Exekutionslisten des NKWD.

Die sowjetische Presseagentur TASS erklärte, die kürzlich gefundenen Archivmaterialien ließen darauf schließen, daß Beria, Merkulow und ihre Untergebenen für die »Greuelthaten im Wald von Katyn« verantwortlich seien.

Als unabhängige Zeitung haben wir schon seit den 70er Jahren, ständig auf diese Unwahrheit hingewiesen (vgl. »Auf dem Stundenplan«, Folge 15).

Wehrmachtsausstellung

Einen Skandal löste die sogenannte Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« aus. Dort wurden zahlreiche Kriegsverbrechen auf Fotos dargestellt, welche die Verbrechen der Wehrmacht darstellen sollten. Schulklassen wurden reihenweise durch die Ausstel-

lung geschleppt. Rund 900.000 Besucher konnte die Ausstellung in vier Jahren verzeichnen. Die Propagandisten der Ausstellung bekamen dafür die »Carl-von-Osietzky-Medaille« der »Internationalen Liga für Menschenrechte« verliehen. Die Presse überschlug sich mit Lobeshymnen.

Nach immer lauter werdender Kritik und zahlreichen Protesten wurde die Ausstellung am 4.11.1999 zurückgezogen.

Eine Kommission stellte am 15.11.2000 in ihrem Untersuchungsbericht fest, die Ausstellung enthalte »1. sachliche Fehler, 2. Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und 3. vor allem durch die Art der Präsentation allzu pauschale und suggestive Aussagen.« Einige Fotos gehörten gar nicht in diese Ausstellung.

Das Zurückziehen der Ausstellung sowie die Überprüfung des Materials war das Resultat jahrelanger Aufklärungsarbeit von wenigen Historikern, Autoren und Zeitungen, wie auch den *Unabhängigen Nachrichten* (vgl. »Auf dem Stundenplan«, Folge 26).

Der »Überfall« auf Polen

Jedes Jahr im September überschlagen sich die Medien mit Berichten über den deutschen »Überfall« auf Polen im Jahr 1939 und somit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Das von den Medien publizierte Bild scheint einfach und eindeutig. Es verschweigt allerdings wichtige Tatsachen und steuert somit an der Wirklichkeit vorbei.

Das in den Medien als unschuldiges Opfer dargestellte Polen war vor Kriegsausbruch keineswegs so unschuldig, wie der Eindruck erweckt werden soll.

Polen war auch schon lange vor 1939 ein durch und durch aggressiver Staat.



Polnische Presse am 3.10.1938

Der polnische Imperialismus: 1918/19 stand Polen mit der Ukraine im Krieg, 1919 mit der Tschechoslowakei, 1920 mit Litauen, 1919 bis 1921 mit der Sowjetunion. 1938 besetzte Polen das Olsagebiet (Bild oben).

Der polnische Antisemitismus: Polen war ein durch und durch antisemitisches Land. Antijüdische Pogrome gab es nicht nur in Lemberg. Ermordungen, Schändungen, Mißhandlungen und Plünderungen gab es vielerorts und zeigten das wahre polnische Gesicht.

Die polnischen Lager: Dazu gab es mit Szczypiorno, Bereza Kartuska, Brest Litowsk, Stralkowo u.a. zahlreiche Internierungslager, in denen zigtausende Juden, Russen, Deutsche u.a. den Tod fanden.

Die polnischen Aggressionen gegen Deutsche: Während der polnischen Besatzung deutscher Ostgebiete von 1919 bis 1939 wurden unzählige Deutsche von Polen ermordet, mißhandelt, ausgeplündert, vergewaltigt und vertrieben.

Eine Tatsache, die von den Medien verschwiegen wird. Am 23.3. und am 30.8.1939 erließ Polen eine Mobilmachung.

Am 31.8.1939 befahl die deutsche Regierung den militärischen Einsatz gegen Polen mit dem Worten »... wird zurückgeschossen«.

Wer hier von einem »Überfall« redet, sollte sich nochmals die Bedeutung des Wortes »Überfall« klarmachen.

Wenn einer einen Schneemann baut ...

Aus unserem Leserkreis erreichte uns folgender »Tagebuchauszug« eines »typischen Wintertages in der Merkel-BRD«:



»8.00 Uhr: Schneemann gebaut.
8.20 Uhr: Die zuständige Frauenbeauftragte beschwert sich, warum das keine Schneefrau ist.
8.25 Uhr: Schneefrau dazu gebaut.
8.50 Uhr: Foto gemacht.
8.51 Uhr: Der Vorsitzende der Rosa Liste beschimpft mich, weil

es auch zwei Schneemänner geben sollte.
8.52 Uhr: Die Gleichstellungsbeauftragte beschwert sich, daß meine Schneefiguren nicht gendgerecht wären.
9.00 Uhr: Meine Schneefiguren haben jetzt einen Bart und Brüste.

9.10 Uhr: Ich werde als Rassist beschimpft, weil alle Schneefiguren weiß sind.

9.35 Uhr: Fatma von der Ecke fordert ein Kopftuch für eine von beiden Schneefiguren.

9.37 Uhr: Die Gleichstellungsbeauftragte fordert eine dritte Schneefigur mit Kopftuch.

9.48 Uhr: Die Polizei trifft ein, weil die Besenstiele als Schlagwaffe, die Rüben als Stichwaffe und die Kohlen als Wurfgeschosse benutzt werden können. Außerdem könnte das Kopftuch dem Vermummungsverbot widersprechen.

9.50 Uhr: Der IS bekennt sich zu den Schneefiguren.

9.55 Uhr: Mein Handy wird beschlagnahmt und ausgewertet, während ich mit verbundenen Augen im Hubschrauber zum Generalbundesanwalt unterwegs bin.

10.25 Uhr: Ermittler finden meinen Personalausweis am Tatort.

10.30 Uhr: Ich werde nach möglichen Mitbauern befragt.

Nie wieder – mir reicht's.«

Liebe Leser, ganz privat:

Das Gift tröpfelt wie bei einer Infusion

Die unmerkliche, unterschwellige Meinungsmache der Medien ist eine der widerwärtigsten Praktiken unserer Zeit. Die sogenannten »Eliten« warnen vor »Fake News«, die ihre Alleinherrschaft über das, was veröffentlicht werden darf oder was nicht, endlich beendet haben.

Sie wollen allein bestimmen, welcher Meinung das Volk zu sein hat. Ein Beispiel:

Die hochgeachtete *Hamburg Media School* hat kürzlich eine Studie vorgelegt, in der die Medien-Berichterstattung der sogenannten »Qualitätsmedien« über die Flüchtlingskrise untersucht wurde.

Danach enthielten mehr als 80 Prozent aller Artikel nur positive, anerkennende, zustimmen-

de Bewertungen oder Untertöne. Nur in zwölf Prozent wurde rein Bericht erstattet, so daß der Leser sich eine eigene Meinung bilden konnte. Daraus folgt, daß nur in acht Prozent der Fälle Kritik geäußert wurde.

Mit der Macht der Agenturen und Medienkonzerne wird den Menschen so wie bei einer langsamen aber stetigen Infusion das Gift einer einseitigen Meinungsmache eingetröpfelt, ohne daß sie es merken.

Wir können Sie nur bitten: Helfen Sie mit, daß unsere *UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN* als Heilmittel gegen diese Verblödung erhalten bleiben!

Ihre UN-Mitarbeiter

Glosse, Satire oder »Fake News«?

Merkels Angst vor dem Deutschen – konsequent zu Ende gedacht:

Wenn aus Deutschen nur noch »Menschen, die schon länger hier leben« und aus Ausländern »die neu hinzugekommen sind« werden, muß einiges umgeschrieben werden.

Das Grundgesetz:

Artikel 8 Abs. 1 GG (Versammlungsfreiheit) lautet dann: »Alle Menschen, die schon länger hier leben, haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.«

Artikel 9 Abs. 1 GG (Vereinigungsfreiheit): »Alle Menschen, die schon länger hier leben, haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.«

Artikel 16 Abs. 1 S. 1 GG: »Die Staatsangehörigkeit der Menschen, die schon länger hier leben, darf nicht entzogen werden.«

Ausländerbehörden heißen künftig: »Behörden für die, die neu

hinzugekommen sind«. Der Ausländerjagdschein wird zum »Jagdschein für die, die neu hinzugekommen sind«.

Die neue Fremdenfeindlichkeit:

Neue fremdenfeindliche Parolen lauten dann so: »Das Land der Menschen, die schon länger hier leben, den Menschen, die schon länger hier leben! Die neu hinzugekommen sind, raus!«

Nationalhymne:

»...blühe im Glanze dieses Glückes, blühe Vaterland der Menschen, die schon länger hier leben!«

(Anmerkung: Sie dürfen künftig »Vater« durch ein beliebiges Wort ersetzen, das Ihnen gendergerecht erscheint).

Deutsche Geschichte wird umgeschrieben:

»Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Menschen, die schon länger hier leben.«

(Wilhelm II. am 4.8.1914 in seiner Reichstagsansprache)

Wirtschaftsunternehmen werden umbenannt:

Die Deutsche Bank nutzt die Umbenennung, niemanden mehr zu diskriminieren und heißt fortan: »Bank für die Menschen, die schon länger hier leben und für die Menschen, die neu hinzugekommen sind«.

In einer Fußnote erklärt die Bank, daß die Reihenfolge der Anordnung der Merkel-Rede folge. »Die neu hinzugekommen sind« sollen sich durch Nennung nach denen, »die schon länger hier leben«, nicht diskriminiert fühlen.

Kulturbetrieb:

Das ZDF versieht seine bekannte Doku-Reihe »Die Deutschen« mit dem Zusatz »Es war einmal«. Neue Folgen heißen fortan »Menschen, die schon länger hier leben«.

Die Schlager »Griechischer Wein« (Udo Jürgens) und »Fiesta Mexicana« (Rex Gildo) dürfen unverändert weitergesungen werden.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber)

Name des Kreditinstituts

BIC (SWIFT)

IBAN

Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.

Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

»Offizielle Wirtschaftsdaten«?

Die veröffentlichten wir über viele Jahre an dieser Stelle. Anfang 2017 beschlossen wir, das nicht mehr zu tun.

Nach vielen Berechnungen und anderen Daten ist uns seit langem klar, daß diese Statistiken oft das sind, was heute in neudenglisch »Fake News« genannt wird. Nicht ohne Grund hießen sie bei uns »offizielle«, und nicht »aktuelle« Wirtschaftsdaten«.

Ein UN-Leser hat sich bisher bei uns beschwert, vielleicht hätten wir das ausführlicher begründen sollen.

Wie man mit Statistiken lügen kann, zeigt sich an diesen Daten:

Sowohl die steigende Zahl der Erwerbstätigen als auch die Höhe der Staatschulden oder die Zahl der Arbeitslosen sind erwiesenermaßen nichts anderes als »Fake News«!

Der rosarote Panzer kehrt zurück



Auf die Bundeswehr kommen rosarote Zeiten zu.

Verteidigungsministerin *Ursula von der Leyen* reicht es nicht, daß etwa 17.000 Schwule, Bisexuelle, Transgender usw. in der Bundeswehr sind – sie möchte die Truppe noch viel bunter machen.

Aus diesem Grund wurde ein von ihr initiiertes »Workshop« »Umgang mit sexueller Identität und Orientierung in der Bundeswehr« durchgeführt.

Welche Wichtigkeit diesem »Workshop« beigemessen wur-

de, erkennt man unter anderem daran, daß die Ministerin den Generalinspekteur und sogar einen Sexualtherapeuten zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte.

Da muß man sich nicht wundern, wenn der neue US-Präsident *Donald Trump* nicht mehr bereit ist, Milliarden US-Dollar in die Verteidigung Europas zu investieren.

Eins wird wieder einmal deutlich: Die CDU ist genauso unwählbar wie SPD, Grüne, Linke oder Liberale.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen